

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XVII/172

Bonn, den 23. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- |                               |   |     |
|-------------------------------|---|-----|
| 1                             | <u>Vertragsbruch</u><br>Zur Auflösung der sowjetischen Stadtkommandantur<br>in Ostberlin                          | 35  |
| 2 - 3                         | <u>Ein Lücke im Strafgesetzbuch</u><br>Zum Problem der sogenannten ethischen Indikation<br>Von Karl Wittrock, MdB | 74  |
| <u>Unser Auslandsbericht:</u> |   |     |
| 4 - 6                         | <u>Was macht die kommunistische Partei Frankreichs?</u><br>Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer    | 100 |
| 6                             | <u>Mißerfolg der Sowjetdiplomatie</u><br>Bewährung der Vereinten Nationen   | 29  |

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

### Vertragsbruch

sp - Die einseitig vollzogene Auflösung der sowjetischen Stadtkommandantur in Ostberlin gehört in die Reihe der Moskauer Bemühungen, Stück für Stück sowjetischer Deutschland- und Berlinpolitik den angestrebten separaten Friedensvertrag mit Pankow vorwegzunehmen. Ostberlin ist nach sowjetischer Auffassung nun nicht mehr ein Teil Berlins, sondern gehört zur Zone. Das Abkommen von 1945 über die Organisation der einheitlichen Verwaltung Gesamtberlins, zwar schon lange ausgehöhlt und von den Sowjets boykottiert, und von dessen Wirksamkeit nichts mehr zu spüren war, soll nun auch de jure nicht mehr gelten. Die westalliierten Stadtkommandanten, die verantwortlich für die Sicherheit Westberlins sind, haben nach diesem Vertragsbruch nicht mehr einen entsprechenden sowjetischen Gesprächspartner. Dessen Befugnisse wurden "zeitweilig" dem Oberkommandierenden der sowjetischen Streitkräfte in Mitteleuropa Jakubowski übertragen. Ihm fallen nun alle Kontrollfunktionen über die Bewegungen von Truppen für die Garnisonen der Westmächte in Berlin zu.

Durch die Auflösung der sowjetischen Stadtkommandantur will die Sowjetunion demonstrieren, daß für sie der Viermächtestatus für Gesamtberlin nicht mehr existiert.

Dieses einseitige sowjetische Vorgehen richtet sich in erster Linie gegen die Westmächte. Die Sowjets wollen sich aus ihrer Verantwortung für das Deutschland- und Berlinproblem lösen und die Rechte der Westalliierten in Westberlin beseitigen. Die Erklärung des amerikanischen Präsidenten Kennedy sowie entsprechende Verlautbarungen aus London und Paris zeigen mit aller wünschenswerten Deutlichkeit, daß sich Moskau hier in einem Irrtum befindet. Die Verantwortung für Berlin bindet alle, kein Vertragsbruch kann diese Bindung aufheben.

Das einseitige Vorgehen Moskaus, seine Mißachtung für vertraglich gegebene Verpflichtungen und sein Versuch, sowjetische Vorstellungen in der Berlin- und Deutschlandpolitik gewissermaßen im Alleingang vorweg zu nehmen, unterstreicht den Ernst der Situation. Es wird der Kühnheit und der Entschlossenheit der westlichen Verbündeten bedürfen, ihr gerecht zu werden. Ohne Zweifel steht eine schwierige Periode spannungsgeladener Verhandlungen bevor, deren Ziel es nur sein kann, die Zukunft Berlins in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten.

### Eine Lücke im Strafgesetzbuch

Von Karl Wittrock, MdB

Es sei das bedeutsamste deutsche Gesetzesvorhaben seit dem im Jahre 1896 im Deutschen Reichstag beschlossenen Bürgerlichen Gesetzbuch, meinte der Bundesjustizminister Dr. Stammberger mit dem Stolz des Ressortministers, als der Bundesrat am 13. Juli 1962 den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches beriet, und der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen sprach damals von der säkularen Bedeutung des Werkes. Leider ist das Interesse der Öffentlichkeit kein Spiegelbild einer so hohen Bewertung des Entwurfs, und nicht einmal in den Spalten der Fachzeitschriften der Juristen spürt man, daß von dem Gesetzgeber eine große Tat erwartet wird.

Es soll hier nicht untersucht werden, welches die Ursachen für ein so gedämpftes Interesse der Öffentlichkeit an der Strafrechtsreform sind. Hier sei nur so viel gesagt: Es gibt im Zusammenhang mit dieser Reform Probleme, deren Lösung der Öffentlichkeit nicht gleichgültig bleiben darf. Die Lösung dieser Probleme läßt nämlich den Geist erkennen, der das künftige Gesetz beherrschen wird. Einer der Punkte, um die es hierbei geht, ist die Frage der ethischen Indikation, die Frage nämlich, ob eine Frau, die einem Sittlichkeitsverbrechen zum Opfer gefallen ist, das durch dieses Verbrechen entstehende Kind in Kauf nehmen muß oder nicht.

Es fällt auf, daß der Gesetzentwurf an der Stelle, wo man eine Regelung hätte erwarten können, nichts anderes als die Worte enthält: § 160 entfällt. Selbst der Laie wird hieraus richtig folgern, daß es demnach in einem Vorentwurf einen solchen Paragraphen gegeben haben muß, und er kommt gewiß zu dem richtigen Schluß, daß eine so merkwürdige Stelle im Gesetzentwurf ein Beweis für die Erörterungen in den Beratungszimmern der vorbereitenden Gremien ist. Wenn man aber dann in der Begründung des Entwurfs die zu dem entfallenden § 160 gehörende Stelle aufschlägt, findet man wiederum nichts anderes als das dürre Wort: entfällt. Erst der mit den Eigenarten amtlicher Gesetzesbegründungen vertraute Leser entdeckt an anderer Stelle die gedankliche Wiedergabe eines Eiertanzes, der mit der Anerkennung der notstandsähnlichen Lage einer durch Verbrechen geschwängerten Frau beginnt und mit der Berufung auf angebliche sittliche Erwägungen endet, nach denen diese Frau die Folgen des Verbrechens in Kauf zu nehmen habe. Es könnte ja doch auch

einmal zu einem Mißbrauch einer vom Gesetz zugelassenen ethischen Indikation kommen, so meinen streng die gelehrten Männer, die Väter des Gesetzentwurfs, bei dessen Ausarbeitung offensichtlich keine Mütter mitgewirkt haben.

Der Rechtsausschuß des Bundesrates hatte dem Plenum empfohlen, die erwähnte Lücke zu schließen. Der niedersächsische Justizminister Dr. Arvid v. Nottbeck trug eine überzeugende Begründung des Antrags vor. Der Justizminister des Landes Baden-Württemberg erklärte, er müsse sich der Stimme enthalten. In der Abstimmung wurde der Antrag abgelehnt. Niemand hatte die Ablehnung begründet. Das Schweigen war der Mehrheit der Mitglieder des Bundesrates gewiß bequemer. Oder war es ein Ausdruck des schlechten Gewissens?

Wenn es also nach dem Willen der Bundesregierung und der Mehrheit des Bundesrates geht, dann muß die Frau, die dem Notzuchtverbrechen eines Geisteskranken zum Opfer gefallen ist, alle Folgen tragen. Nicht einmal die katholischen Bischöfe Belgiens haben der in den Königswirren vergewaltigten Nonnen solches zugemutet, sondern sie haben die gewährte Hilfe geduldet.

Anders die strengen Väter des Regierungsentwurfs. Selbst wenn die vergewaltigte Frau noch ein Kind ist, darf ihr kein Arzt helfen. Die eisige Kälte von Kabinettsentscheidungen bedroht sie mit drei Jahren Gefängnis, wenn sie sich mit ärztlicher Hilfe der Frucht des Verbrechens zu erwehren versucht. Die Begründung des Regierungsentwurfs läßt erkennen, daß auch ihr Selbstmord in Kauf genommen wird.

Der Bundesjustizminister Dr. Stammberger gehört zu denen, die hierzu schweigen und die dies zu verantworten haben. Er, der einmal als ein liberaler Mann galt, steht in der Zucht des Kabinetts. Er hat Kollegen, die manchmal mehr Stolz und mehr eigenen Willen als er zeigen, wenn es darum geht, in der Öffentlichkeit die eigene Meinung zu vertreten. Wenn er ihrem Beispiel folgen würde, könnte er die notwendigen Diskussionen in der Öffentlichkeit nur fördern. Oder steht er, der FDP-Minister, gar innerlich zu der Lücke in seinem Gesetzentwurf? Aber wie dem auch sei: Die Öffentlichkeit darf um der Not der betroffenen Frauen willen nicht hinnehmen, was Bundesregierung und Bundesratsmehrheit wollen. Der schwarze Tag des Bundesrates, von dem Justizminister Arvid v. Nottbeck in einem Aufsatz im "Sonntagsblatt" sprach, wird vom Bundestag ausgelöscht werden müssen.

### Was macht die kommunistische Partei Frankreichs?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat die politischen Stürme der 4. und 5. Republik insofern gut überlebt, als sie heute immer noch ungefähr ein Viertel der französischen Wählerschaft hinter sich hat, in den meisten Pariser Vororten sogar die relative oder absolute Mehrheit. Sie kontrolliert den größten französischen Gewerkschaftsbund (CGT) und zahlreiche Nebenorganisationen und Genossenschaften.

Umso erstaunlicher ist die Passivität und politische Grabesstille, die seit vielen Jahren von der "Partei" ausgestrahlt wird.

### Seit de Gaulles Machtergreifung

Schon die Machtergreifung de Gaulles im Mai 1958 wurde von der KPF mit einer Apathie hingenommen, die vielfach verblüffte. Die einzige Massendemonstration, die damals, in den letzten Tagen der 4. Republik gegen den Maiputsch stattfand, wurde vom Pariser Verband der Sozialistischen Partei organisiert; die Kommunisten und andere Linksorganisationen schlossen sich nachher an.

Innere und äußere Gründe spielen hier zusammen. Im Inneren sind es die Schwerfälligkeit eines verkalkten Apparates, die konservativen Bedürfnisse einer groß gewordenen kommunistischen Bürokratie, die auf hundert Wegen langsam in den bürgerlichen Staat hineingewachsen ist und jedes Risiko scheut, vor allem die Folgen eines eventuellen Verbotes. Von außen wirken die Weisungen Moskaus, de Gaulles Macht zu "tolerieren".

In der Führung der KPF gab es damals einen Streit über die Zweckmäßigkeit eines Widerstandes gegen de Gaulles Rückkehr zur Macht. Die etwas selbständiger denkenden Funktionäre, die mit der Gewerkschaftsbewegung eng verbunden sind, drängten auf eine ernste Aktion und Einheitsfront mit den anderen Linksparteien. Die ausgesprochen moskauhörige Fraktion winkte aber ab.

Für sie waren nicht die Bedürfnisse der Arbeiterbewegung oder der französischen Demokratie massgebend, sondern die zahlreichen Gespräche des Sowjetbotschafters Winogradow mit de Gaulle in Colombey-les-Deux-Eglises. Der General hatte während seiner "Privatzeit" Chruschtschows Botschafter mehrmals empfangen, und Moskau war überzeugt, daß de Gaulle, einmal an der Macht, die unbedingte Europa- und Atlantikpolitik der 4. Republik torpedieren werde.

Darum erhielten die französischen Kommunisten den Wink, gegen de Gaulles Machtübernahme nur einen Scheinwiderstand zu leisten.

### Gewagtes Spiel

Das Spiel war etwas gewagt, denn im Mai 1958 wußte noch niemand, wie das Abenteuer ausgeht. Die ausgesprochen moskautreuen Führer der

KPF waren aber bereit, auch einen französischen Faschismus in Kauf zu nehmen, wenn dadurch die westliche Aussenpolitik erschüttert werden konnte. Die mittlere Funktionäreschicht der KPF war allerdings anderer Meinung, konnte sich aber nicht durchsetzen.

De Gaulle war mit Hilfe der Militärputschisten Salen, Jauhaud und Massu zur Macht gekommen und hatte noch Soustelle und ähnliche Politiker in seiner Regierung. Wenn er sich nach und nach von den rechtsradikalen Truppen losmachen und die wichtigsten republikanischen Einrichtungen retten konnte, ist dies wahrhaftig nicht das Verdienst der Kommunistischen Partei Frankreichs, die den Ereignissen mit völliger Apathie beiwohnte, sondern vielmehr dem wachsenden Widerstand zuzuschreiben, der sich spontan in allen Gesellschaftsschichten der französischen Republik entwickelte.

Die CGT nahm an allen Generalstreikbewegungen teil, die sich gegen die weiteren rechtsradikalen Putschversuche in den letzten Jahren entwickelte, aber durchaus nicht immer an führender Stelle, wie man annehmen möchte, sondern unter dem Druck anderer, kleinerer aber aktiverer Gewerkschaftsgruppen. Das gilt insbesondere für die Aktion gegen den Algerienkrieg, der in den ganzen letzten Jahren Frankreichs gesamte Existenz beherrschte.

#### Die KPF im Algerienkrieg

Wir kommen damit zum dunkelsten Punkt der kommunistischen Politik in Frankreich. Es ist wenig bekannt, aber doch wichtig für das Verständnis der späteren Entwicklung, daß die KPF 1945, als der zweite Weltkrieg zu Ende ging, als Regierungspartei bei der blutigen Unterdrückung des ersten Nachkriegsaufstandes der algerischen Nationalisten eine hervorragende Rolle spielte. Es war dies die Zeit, in der die KPF "päpstlicher als der Papst" war, die Annexion des Ruhrgebietes verlangte, Lohnstreiks als "Landesverrat" bekämpfte und die algerische Freiheitsbewegung als "faschistisches" Unternehmen denunzierte.

Auch späterhin hielt die KPF lange an der Fiktion der "Algérie Française" fest. Man vergesse nicht, daß die "Schwarzfüße" Algiers und Orans damals zum Großteil kommunistische Wähler waren! Die KPF stimmte für die ersten Kredite für den Algerienkrieg und stemmte sich gegen die spontane Bewegung der französischen Rekruten, die schon 1955 gegen die Verschickung der dienstpflichtigen Jahrgänge nach Algerien demonstrierten.

Moskaus Einfluß spielte selbstverständlich auch in diesem Fall die entscheidende Rolle. Die Sowjetdiplomatie zögerte so lange als möglich mit einer Anerkennung der algerischen Rebellion. Aus Angst diese könne zu einem verstärkten amerikanischen Einfluß in Nordafrika führen. Mehr als einmal ließ Winogradow verlauten, der Krewl sehe lieber französische Truppen in Mers-el-Kébir - und übrigens auch in Biseria -, als amerikanische Streitkräfte.

#### Betäubt und desorientiert

So erklärt es sich, daß die ersten und wichtigsten Aktionen, die in Frankreich gegen den Algerienkrieg und für die Anerkennung der algerischen Unabhängigkeit gestartet wurden, nicht von der großen KPF

kamen, sondern von linksdemokratischen Organisationen und Verbänden, wie z.B. der französischen Studentenorganisation UHEF und bestimmten Sektionen der Freien Gewerkschaften, aber auch von kommunistischen Oppositionellen, die sich von der KPF losgesagt hatten.

Auf der gleichen Linie liegt die Spannung zwischen französischen und algerischen Kommunisten und vor allem der Bruch zwischen KPF und FLN.

Für die gegenwärtige Lage und die weiteren Perspektiven muß man festhalten, daß die KPF von der großen politischen Krise der letzten Jahre, eben dem Algerienkrieg, überrascht und überrumpelt wurde. Aus dem großen politischen Abenteuer Frankreichs geht die relativ stärkste Partei des Landes, die heute noch "stalinistischste" aller kommunistischen Parteien Westeuropas, betäubt und desorientiert hervor und wartet wieder - auf die nächsten Weisungen aus Moskau.

+ + +

#### Mißerfolg der Sowjetdiplomatie

-----

sp - Vor dem Hintergrund der sowjetischen Weltraumflüge und der turbulenten Ereignisse in Westberlin ist in der deutschen Öffentlichkeit mehr oder weniger ein Vertrag unbeachtet geblieben, der einen Konflikt aus der Welt schaffte - der Vertrag über die Rückgabe Westguineas durch die frühere Kolonialmacht Holland an Indonesien. Diese Regelung weist einige Aspekte auf, die des Heraushebens wert sind. Die Sowjetunion hatte große Anstrengungen gemacht, um in Indonesien politisch und wirtschaftlich Fuß zu fassen. Sie versuchte, den Staatspräsidenten Sukarno zu einer kriegerischen Auseinandersetzung mit den Niederlanden zu verleiten. Die indonesischen Waffenkäufe brachten die Wirtschaft dieses an Naturschätzen reichen Inselreiches fast an den Rand des Ruins, was propagandistisch wiederum den indonesischen Kommunisten zugute kam, die glaubten, auf dem Weg über den wirtschaftlichen Zusammenbruch zur ersehnten politischen Machtübernahme zu kommen und sich als Retter des Vaterlandes zu etablieren.

Sukarno durchschaute dieses Spiel, er zog nach langem Hin und Her die friedliche Regelung einem kriegerischen Konflikt vor und bewahrte sich damit seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion. Ein großes Verdienst hat dabei auch die kluge Vermittlungstaktik des Generalsekretärs der Vereinten Nationen U Thant, der in dem amerikanischen Botschafter Ellsworth Bunker einen gewandten Verhandlungsführer fand. Beide Delegationen, die indonesische wie auch die holländische, haben die Bemühungen Bunkers um eine friedliche Beilegung dieses Konflikts mit seinen vielen gefährlichen Zündstoffen lobend gewürdigt. Moskaus Bestreben, Indonesien durch einen Krieg gegen Holland vom Westen zu isolieren, blieb ohne Erfolg. Für Indonesien selbst ist nun der Weg freigelegt zur inneren Konsolidierung, es kann seine Energien statt auf kräfteverzehrende Rüstungen nun auf die Erschließung seiner Naturschätze und auf den Aufbau seiner Wirtschaft konzentrieren.

+ + +